

Kleine Anfrage

des Abg. Andreas Hoffmann CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Entwicklung rechts- und linksradikaler sowie islamistisch-fundamentalistischer Tendenzen im Landkreis Konstanz

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich im Landkreis Konstanz von 2001 bis 2006 Straftaten in folgenden Bereichen entwickelt:
 - Rechtsradikalistische Straftaten
 - Linksradikalistische Straftaten
 - Islamistische/fundamentalistische Straftaten?
2. Wie wird die Entwicklung entsprechender Gruppierungen im Landkreis Konstanz der unter Nr. 1 genannten Bereiche eingeschätzt?
3. Welche Konsequenzen wurden bei der Polizei und bei den Kommunen aus den rechtsradikalen Vorgängen in Konstanz und in Friedrichshafen im Laufe des Jahres 2007 gezogen und welche Entwicklungstendenzen werden in der Bodenseeregion in Bezug auf eine mögliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit der unter Nr. 1 genannten Gruppierungen gesehen?
4. Ob und in welchen der drei unter Nr. 1 genannten Bereichen hat der Verfassungsschutz in den Jahren 2001 bis 2006 ermittelt (Fallzahl je Bereich) und stehen aktuell Gruppierungen der drei genannten Bereiche im Landkreis Konstanz unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?

06. 09. 2007

Hoffmann CDU

Begründung

Es besteht die Befürchtung, dass die Grenzregion Bodensee als neue, grenzüberschreitende Plattform für radikale Gruppierungen an Bedeutung zugenommen hat.

Antwort

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2007 Nr. 3-1228.3/262 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie haben sich im Landkreis Konstanz von 2001 bis 2006 Straftaten in folgenden Bereichen entwickelt:*

- *Rechtsradikalistische Straftaten*
- *Linksradikalistische Straftaten*
- *Islamistische/fundamentalistische Straftaten?*

Zu 1.:

Islamistische Straftaten werden landesweit erst seit dem Jahr 2002 gesondert erfasst. Bis zum Jahr 2001 wurden diese Straftaten unter dem Themenfeld „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ erfasst. Die Straftatenentwicklung stellt sich für den Landkreis Konstanz wie folgt dar:

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Rechtsmotiviert	41	23	27	16	22	44
Linksmotiviert	16	6	3	2	5	5
Ausländerkriminalität	5	1	6	1	1	1
Islamismus/Fundamentalismus	–	0	0	0	0	0
Gesamt	62	30	36	19	28	50

Davon Gewaltdelikte:

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Rechtsmotiviert	0	1	3	2	1	4
Linksmotiviert	0	0	0	0	0	0
Ausländerkriminalität	0	0	0	0	0	0
Islamismus/Fundamentalismus	–	0	0	0	0	0
Gesamt	0	1	3	2	1	4

Der auffällige Anstieg rechtsmotivierter Straftaten im Jahr 2006 ist fast ausschließlich auf die Zunahme von Propagandadelikten im Sinne der §§ 86 und 86 a Strafgesetzbuch (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) zurückzuführen.

2. Wie wird die Entwicklung entsprechender Gruppierungen im Landkreis Konstanz der unter Nr. 1 genannten Bereiche eingeschätzt?

Zu 2.:

Rechtsextremismus:

Der Landkreis ist kein ausgewiesener Schwerpunkt der rechtsextremistischen Szene im Land. Der Polizeidirektion Konstanz sind etwa 40 Personen bekannt, die der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden können. Hiervon gehören etwa 15 bis 20 Personen zur Skinheadszene. Die Anzahl rechtsextremistischer Personen veränderte sich im angefragten Zeitraum kaum. In den vergangenen Jahren hat sich die rechtsextremistische Skinheadszene im Landkreis Konstanz eher ruhig verhalten. Erst im Jahr 2007 konnte eine Zunahme der Aktivitäten festgestellt werden. Am 16. März 2007 versuchten etwa 20 bis 25 Rechtsextremisten in den Bürgersaal in Konstanz einzudringen, um eine Podiumsveranstaltung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.“ zu stören. Ansonsten finden Treffen rechtsextremistischer Skinheads gewöhnlich in Gaststätten und bei privaten Festen statt und entfalten meist keine Außenwirkung.

Neonazistische Kameradschaften oder Freundeskreise sind nicht bekannt. Seit kurzem gibt es erste Hinweise auf die Gruppierung „Freikorps Baden“, die in ihrem Internetauftritt unter der Adresse AN-Hegau firmiert. Ihre Selbstdarstellung lässt auf eine Zugehörigkeit zu den „Autonomen Nationalisten“ (AN) schließen. Bei den „Autonomen Nationalisten“ handelt es sich um eine erstmals im Jahr 2003 im Bundesgebiet öffentlich auffällig gewordene Strömung des rechtsextremistischen Lagers. Sie hebt sich durch ihre nationalrevolutionäre Ideologie und ihre ausgeprägte Bereitschaft zur Militanz von der „klassischen“ Neonaziszene ab. Das äußere Erscheinungsbild und das Auftreten ist an linksextremistische, autonome Vorbilder angelehnt und zeichnet sich durch schwarze, auch zur Vermummung geeignete Kleidung und erhöhte Gewaltbereitschaft aus. Landesweit können den „Autonomen Nationalisten“ rund 60 Personen zugerechnet werden.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist im Bereich Bodensee/Konstanz mit einem Kreisverband vertreten. Von ihm gingen in letzter Zeit kaum Aktivitäten mit Außenwirkung aus. Innerhalb des Kreisverbands finden regelmäßige Treffen wie Stammtische und Versammlungen statt. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, organisierten am 18. August 2007 in Friedrichshafen eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Faschismus und Intoleranz! Meinungsfreiheit für alle!“ mit etwa 250 Teilnehmern. Der baden-württembergische JN-Landesverband beziffert die Zahl der von ihm offiziell ausgewiesenen „Stützpunkte“ aktuell auf neun. Dazu zählt auch der am 30. Juni 2007 gegründete Stützpunkt Konstanz. Inwieweit diese Erweiterung der organisatorischen Basis der JN zur Zunahme ihrer Aktivitäten im Landkreis Konstanz beiträgt, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) ist im Landkreis Konstanz organisatorisch mit einem Kreisverband vertreten. Von der Partei gehen keine nennenswerten Aktivitäten aus.

Linksextremismus:

Der Landkreis Konstanz ist kein Schwerpunkt der linksextremistischen Szene Baden-Württembergs.

In Konstanz sind die linksextremistischen Parteien „Die Linke.“, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die linksextremistisch beeinflusste Organisation „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) aktiv. Weiterhin existiert ein „Netzwerk gegen Rechts“. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, darunter u. a. „Die Linke.“, MLPD und VVN-BdA.

Seit Mitte 2007 ist eine Gruppe unter der Bezeichnung „Antifa Konstanz“ im Internet präsent. Auf deren Homepage werden unter anderem Aufrufe gegen „Rechte Aufmärsche“ eingestellt. Als eine weitere Plattform für die linksextremistische

Szene kann die Internetseite „LinksRhein“ angesehen werden. Diese Seite beinhaltet überwiegend aktuelle Aufrufe und Dokumentationen zum Thema „Antifaschismus“.

Islamismus:

In der Vergangenheit konnten im Landkreis Konstanz keine nennenswerten islamistischen Entwicklungen festgestellt werden.

Im Jahr 2002 wurden nach Durchsetzung des Betätigungsverbots Exekutivmaßnahmen gegen Anhänger des sogenannten „Kalifatstaats“ bzw. „Kaplan-Verbandes“ im Bereich Konstanz durchgeführt. Die betroffenen Personen traten danach nicht mehr mit politisch motivierten Aktionen in Erscheinung.

Nach den versuchten Kofferbombenanschlägen am 31. Juli 2006 in Dortmund und Koblenz wurde der damals in Konstanz aufhältige libanesische Staatsangehörige Fadi A. S. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung festgenommen und kurze Zeit später aus der Haft entlassen. Eine Tatbeteiligung konnte ihm bislang nicht nachgewiesen werden. Terroristische Strukturen im Landkreis Konstanz konnten nicht festgestellt werden.

3. Welche Konsequenzen wurden bei der Polizei und bei den Kommunen aus den rechtsradikalen Vorgängen in Konstanz und in Friedrichshafen im Laufe des Jahres 2007 gezogen und welche Entwicklungstendenzen werden in der Bodenseeregion in Bezug auf eine mögliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit der unter Nr. 1 genannten Gruppierungen gesehen?

Zu 3.:

Die Polizei steht landesweit in einem ständigen Informationsaustausch mit Verfassungsschutz und Kommunen. Durch kontinuierliche Erkenntnisgewinnung und deren Auswertung werden Personen, Treff- und Sammelpunkte sowie Organisationsstrukturen erkannt. Den von extremistischen Veranstaltungen ausgehenden Gefahren wird damit zielgerichtet begegnet. Bei Hinweisen auf mögliche Gewalttätigkeiten im Vorfeld von Veranstaltungen reagiert die Polizei mit starken Präsenzmaßnahmen, auch unter Einbindung der Bereitschaftspolizei. Damit können Gewalteskalationen frühzeitig verhindert werden. Skinheadkonzerte werden in enger Kooperation mit den Kommunen nach Möglichkeit unterbunden oder bei entsprechendem Verlauf frühzeitig aufgelöst.

Wichtiger Bestandteil der landesweiten Bekämpfung des Rechtsextremismus sind umfangreiche Präventionsaktivitäten wie beispielsweise die Erstellung multimedialer Informationspakete für Schüler und Lehrer, Aufklärung über das Internet oder das seit dem Jahr 2001 bestehende Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ mit der Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus „BIG-REX“. Die BIG-REX spricht polizeilich bekannte Sympathisanten sowie Erst- und Mehrfachtäter an, um sie zum Ausstieg aus der rechten Szene zu motivieren und sie bei diesem Ausstieg zu unterstützen.

Die Polizeidienststellen der Bodenseeregion führen permanent eine auf die Region bezogene Internetaufklärung durch und zeigen an Brennpunkten starke Präsenz. Angemeldeten Versammlungen von Rechtsextremisten wird durch eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit mit den zuständigen Versammlungsbehörden begegnet. Ziel ist es, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ein Verbot oder zumindest beschränkende Auflagen zu erwirken. Mit Aufenthaltsverboten und Platzverweisen werden erkannte Gewalttäter vom Besuch stark besuchter Veranstaltungen, beispielsweise dem Seenachtsfest, abgehalten.

Darüber hinaus stehen die Polizeidienststellen in einem ständigen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten und Aktionen. Durch die Polizeichef-Vereinigung Bodensee wurde eine Arbeitsgruppe Extremismus eingerichtet, die eine schnelle und wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern gewährleistet. Die Vereinigung besteht aus den Leitern der Schaffhauser Polizei, der Kantonspolizei Thurgau, der Kantonspolizei St. Gallen, der Sicherheitsdirektion Vorarlberg, des Landespolizeikom-

mandos Vorarlberg, den Polizeidirektionen Kempten, Friedrichshafen und Konstanz sowie der Polizei des Fürstentums Liechtenstein.

Hinsichtlich grenzüberschreitender rechtsextremistischer Entwicklungen wurden in der Vergangenheit einzelne persönliche Kontakte zwischen Rechtsextremisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz bekannt. Inwieweit sich diese Kontakte künftig verfestigen werden, wird weiter aufmerksam verfolgt.

Der Linksextremismus spielt im Bodenseekreis eine eher untergeordnete Rolle. Anhaltspunkte für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit linksextremistischer Gruppierungen sind nicht erkennbar.

Über grenzüberschreitende Aktivitäten islamistisch motivierter Gruppierungen in der Bodenseeregion liegen keine Erkenntnisse vor.

4. Ob und in welchen der drei unter Nr. 1 genannten Bereichen hat der Verfassungsschutz in den Jahren 2001 bis 2006 ermittelt (Fallzahl je Bereich) und stehen aktuell Gruppierungen der drei genannten Bereiche im Landkreis Konstanz unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?

Zu 4.:

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist in allen drei genannten Bereichen tätig geworden und beobachtet entsprechende Gruppierungen. Fallzahlen hierzu liegen nicht vor.

Rech

Innenminister